

Dr. Antje Vollmer

- (A) – berechtigt und mit ihrer fundierten Spitzenstellung – um sie. Gerade in kleineren Ländern gibt es aber ein unglaubliches Potenzial an Freundschaft und Interesse sowie den Wunsch nach dauerhafter Zukunftsverbindung mit unserem Land. Wenn wir darauf nicht antworten könnten, würden wir sehr kurzsichtig denken.

Noch ein Letztes zum Thema Subvention: Wenn der Subventionsbegriff von Koch/Steinbrück ernst genommen wird, dann ist auch Sozialhilfe eine **Subvention**, dann ist auch Kindergeld eine Subvention. Das heißt, dann ist der Kern von Politik – wenn sie überhaupt nur Geld in die Hand nimmt – immer verbunden mit Subventionen, die zu kürzen sind. Das wäre ein Offenbarungseid für die Politik, weil man dann nämlich gar nichts mehr gestalten könnte. Das ist eine intellektuelle Dämmerung; da ist nicht die Eule der Minerva am Fliegen, sondern da sind alle Katzen grau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
bei der SPD und der FDP)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich schließe die Aussprache.

Ich erlaube mir den ganz unparteiischen Hinweis, dass dann, wenn im Deutschen Bundestag im Ganzen die heute von allen Fraktionen vorgetragenen Auffassungen über den Stellenwert der Kultur im Allgemeinen und der auswärtigen Kulturpolitik im Besonderen so geteilt werden, niemand dieses Haus daran hindern kann, auch in Zeiten knapper Haushaltsmittel die Prioritäten so zu setzen, wie das heute Morgen vorgetragen wurde.

- (B) (Beifall bei der SPD, der CDU/CSU und dem
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 15/2258, 15/2659 und 15/2647 sowie der Vorlage aus der 14. Wahlperiode auf Drucksache 14/9760 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 18 auf:

- Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (**Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz – TEHG**)

– Drucksache 15/2328 –

(Erste Beratung 87. Sitzung)

- Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (**Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz – TEHG**)

– Drucksache 15/2540 –

(Erste Beratung 94. Sitzung)

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (15. Ausschuss) (C)

– Drucksachen 15/2681, 15/2693 –

Berichterstattung:
Abgeordnete Ulrich Kelber
Marie-Luise Dött
Dr. Reinhard Loske
Birgit Homburger

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort zunächst dem Kollegen Ulrich Kelber für die SPD-Fraktion.

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin seit dreieinhalb Jahren Mitglied dieses Parlaments, aber ein solches Affentheater, wie es CDU und CSU beim Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz in den letzten Tagen veranstaltet haben, ein solches Ränkespiel von Parteitaktik hätte ich nicht für möglich gehalten.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN – Zuruf von der CDU/CSU:
Unglaublich!)

Was die CDU/CSU macht, ist absolut beschämend und ein weiterer Beitrag zum Ansehensverlust des deutschen Parlaments. (D)

Im Fachausschuss verweigert sich die CDU/CSU der inhaltlichen Beratung. Dort wird die Beratung durch eine Vielzahl – zum Teil wesentlich unsinniger – Geschäftsordnungsanträge verzögert. Im Plenum werden unkollegial zustande gekommene und unbegründete Geschäftsordnungsanträge gestellt. Ich sage Ihnen: Ich hätte glatt den Glauben an das deutsche Parlament verloren, wenn nicht – das ist sehr schön – einige Kollegen der CDU/CSU zu mir gekommen wären und gesagt hätten, auch sie finden das Verhalten Ihrer Fraktionsspitze peinlich.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Es geht heute um eine ganz andere Frage. Beim Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz werden die Methoden geregelt, nach denen Unternehmen die Berechtigung zur Emission von Treibhausgasen erhalten. Die Überwachung, Abrechnung und die Handelsmethoden für Emissionsberechtigungen werden im Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz geklärt. Dafür hatte die Bundesregierung einen **unbürokratischen und kostengünstigen Vorschlag** gemacht. Übrigens liegt dieser Vorschlag bereits heute in abgeänderter Form – dazu komme ich gleich – auf dem Tisch, obwohl die dazugehörige Richtlinie erst seit wenigen Wochen in Kraft ist. Für die Leistung, das so schnell umzusetzen, möchte ich mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beiden

Ulrich Kelber

- (A) schwerpunktmäßig beteiligten Ministerien bedanken, natürlich auch bei denen aus den anderen Ministerien.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Das ursprünglich von der Bundesregierung vorgeschlagene Konzept für das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz war in allen Punkten überzeugend. Es setzte auf eine kleine Anzahl zusätzlicher Mitarbeiter, die die Vergabe und Abrechnung der Emissionsberechtigungen kontrollieren sollten. Die Kontrolle der Anlagen sollte in einem Zug mit ohnehin stattfindenden Anlagenüberprüfungen durch die Bundesländer erfolgen.

Unbürokratisch und kostengünstig war dieser Vorschlag. Experten nannten ihn vorbildlich. Auch die Unternehmen, also die, die über Gebühren dafür zahlen müssen, was an Handelsmöglichkeiten, Kontrollmöglichkeiten und Personal vorgesehen ist, waren mit dieser Version eines Treibhausgas-Emissionshandelsgesetzes einverstanden. Dieser Vorschlag stand völlig außerhalb des parteipolitischen Streits. 15 von 16 Landesumweltministern haben diesem Konzept ihre Zustimmung gegeben, weil sie es für unbürokratisch und kostengünstig hielten.

(René Rösper [SPD]: Hört! Hört!)

Alle CDU-regierten Bundesländer haben diesem Konzept zugestimmt. Diese Zustimmung ist übrigens in den Protokollen der Umweltministerkonferenz zu lesen. Leugnen ist also zwecklos.

- (B) Was ist eigentlich zwischen der damaligen Zustimmung zum Konzept und dem Affentheater der letzten Tage passiert? Warum schreibt der umweltpolitische Sprecher von CDU/CSU, der Kollege Paziorek – sonst ein sehr umgänglicher Mensch –, auf einmal Pressemitteilungen voller Unwahrheiten und Verfälschungen? Die Antwort ist so einfach wie deprimierend: Die Zustimmung in einer Fachfrage durch die Fachminister passt nicht in das parteipolitische Konzept der CDU/CSU-Spitze.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Selbst bei einem Thema wie dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz, bei dem es um Klimaschutz, Produktionsbedingungen und um die Kosteneffizienz für unsere Unternehmen geht, wird von der CDU/CSU eine Verwirrungs- und Verunsicherungsstrategie einer fachlich guten Lösung vorgezogen. Das bleibt beschämend.

CDU/CSU behaupten, SPD und Grüne hätten den Gesetzentwurf kurz vor Schluss noch einmal grundsätzlich verändert. Die Zahl der neu zu schaffenden Stellen werde steigen, in Zukunft seien zwei Kontrollen pro Anlage notwendig und auch die Gebühren für die Unternehmen würden steigen. So lautet der Vorwurf an die Koalition. Dieser Vorwurf, dass dort etwas geändert wird, stimmt. Ja, wir mussten kurzfristig etwas ändern. Wir mussten an einem unbürokratischen und kostengünstigen Verfahren Änderungen vornehmen.

Das kostengünstige und unbürokratische Verfahren war eine Zusammenarbeit zwischen Bundesländern und Bundesebene. Wir mussten nach der auf einmal stattfindenden **Rücknahme der Zustimmung der CDU/CSU** einen reinen Bundesvollzug machen. Das heißt, die alleinige Verantwortung für diese zusätzlichen Kosten und diese zusätzliche Bürokratie liegt bei CDU und CSU. Das muss öffentlich gesagt werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kurz vor Abschluss der Beratungen haben die CDU-regierten Länder die Zustimmung ihrer eigenen Fachminister zurückgezogen, ohne dafür einen einzigen fachlich belastbaren Punkt zu nennen. Erst kurz vor Abschluss der Beratungen wurde diese Zustimmung der Fachminister zurückgezogen und ein Modell vorgeschlagen, das in der Kürze der Zeit überhaupt nicht mehr umzusetzen wäre. Denn der Emissionshandel wird beginnen müssen. Die Zuteilung wird stattfinden müssen. Wir können nicht wieder von vorne anfangen, wenn man vorher signalisiert hat, dass wir ein gemeinsames Modell wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das heißt, Sie zwingen die Koalition, das kostengünstigste und das unbürokratischste Verfahren nicht einzuführen, sondern ein – natürlich immer noch im Rahmen der Möglichkeiten – so gutes Verfahren wie möglich mit möglichst wenig Stellen und möglichst wenig Kosten, aber in einem reinen Bundesvollzug durchzuführen. Für diese kurzfristigen Veränderungen tragen alleine Sie die Verantwortung. Von daher kann ich dieses Gejammer, dass Sie erst kurz vor Schluss Änderungsanträge bekommen haben, nicht akzeptieren. Das muss ich Ihnen einfach sagen: Wer einen dazu zwingt, der muss auch nach 19 Uhr bei der Arbeit bleiben und über Änderungsanträge nachdenken. Ich habe kein Verständnis für Ihre Probleme.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des
BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe als Berichterstatter der SPD-Fraktion für diesen Bereich begonnen, Wirtschaftsverbände und Unternehmen darüber zu informieren, welche finanziellen und organisatorischen Belastungen durch diese parteipolitisch motivierten Spielchen von CDU/CSU auf sie zukommen werden. Sie können mir glauben, diese Unternehmen und Verbände sind sehr interessiert daran, zu erfahren, wer ihnen diese zusätzlichen Lasten ohne Not auferlegt hat. Die CDU/CSU wird in den nächsten Tagen noch einiges von diesen Unternehmen und Verbänden zu hören bekommen. Denn in Zukunft werden sich diese Unternehmen für Emissionen doppelt kontrollieren lassen müssen. Die Verantwortlichen dafür sitzen im Konrad-Adenauer-Haus. In Zukunft werden diese Unternehmen höhere Gebühren als ursprünglich geplant für Emissionszertifikate zahlen müssen.

(Widerspruch der Abg. Birgit Homburger
[FDP])

Ulrich Kelber

- (A) Die Verantwortlichen dafür heißen Angela Merkel, Friedrich Merz und Peter Paziorek.

Wir werden nicht nur den Unternehmen, sondern auch der Bevölkerung deutlich machen: Emissionshandel ist ein sinnvolles Instrument für den Klimaschutz. Ohne die parteipolitischen Spielchen der CDU/CSU hätte er noch unbürokratischer und kosteneffizienter als mit der heute zu verabschiedenden Lösung eingeführt werden können. Diese Chance haben Sie im Bundesrat verspielt. Leider hat Ihre Bundestagsfraktion einfach mitgezogen, anstatt dem Bundesrat auch einmal ein deutliches Nein zu sagen. Schade, dass Sie nicht in der Lage waren, auch einmal über den eigenen parteitaktischen Schatten zu springen. Sie haben eine Chance veran.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort hat die Kollegin Marie-Luise Dött, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Marie-Luise Dött (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz hat in den letzten Tagen einschneidende Änderungen erfahren.

(Horst Kubatschka [SPD]: Warum wohl?)

- (B) Praktisch über Nacht wurden der geplante administrative Aufbau völlig neu gestrickt und eine Bundeszuständigkeit eingeführt.

(Ulrich Kelber [SPD]: Warum?)

An Ihrer mangelnden Wertschätzung gegenüber dem Parlament haben Sie auch dieses Mal keine Zweifel gelassen, Herr Trittin. Es ist nicht nur unprofessionell, sondern auch respektlos, so weit reichende Änderungsanträge erst um 19 Uhr abends vor der abschließenden Beratung an das Parlament zu überstellen.

(Beifall bei der CDU/CSU – Ulrich Kelber [SPD]: Dann muss man halt einmal ein bisschen schneller lesen!)

Ihre Entscheidung, die 34. Bundes-Immissionsschutzverordnung in das TEHG zu integrieren, kann ich indes auch nicht nachvollziehen, Herr Trittin. Haben Sie die Folgen, die Ihre Beschlüsse haben, bedacht?

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: Nein!)

Wissen Sie, was diese Entscheidung letztes Endes bedeutet? Sie bedeutet: Erstens. Sie haben die Bundesratsbeteiligung ausgehebelt. Das mag für Sie erfreulich sein. Ob Ihnen dieser Schachzug aber wirklich etwas nützt, steht noch gar nicht fest. Zweitens. Sie schaffen Bürokratie und schädigen damit den Standort Deutschland.

(Winfried Hermann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ja die Höhe!)

- Drittens. Sie verursachen unnötige Kosten im Bundeshaushalt. (C)

Natürlich missfällt es Ihnen, dass die Bundesländer ihr verfassungsmäßiges Recht wahrnehmen, über die 34. Bundes-Immissionsschutzverordnung zu beraten; denn Sie möchten die Fäden beim Emissionshandel in der Hand behalten.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das war abgesprochen!)

Wenn Sie die Vollzugszuständigkeit jetzt aber einer Bundesbehörde wie dem Umweltbundesamt zuweisen, dann wird den Landesbehörden eine originäre Zuständigkeit entzogen.

(Dr. Peter Paziorek [CDU/CSU]: So ist es!)

Ein Gesetz, durch das die **Zuständigkeit der Länder** beschnitten wird, ist aber selbst zustimmungsbedürftig. So steht es im Grundgesetz. Auch wenn Sie die 34. Bundes-Immissionsschutzverordnung in ein Bundesgesetz aufnehmen, befreit das nicht von der Zustimmungspflicht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Obwohl der Nutzen Ihrer Überlegungen sehr zweifelhaft ist, muten Sie dem Land einen weiteren Anwuchs von **Bürokratie** und Kosten zu.

(Ulrich Kelber [SPD]: Warum denn?)

- Den unter dem Gesichtspunkt des Bürokratieabbaus ohnehin schon problematischen Emissionshandel blähen Sie durch die ausschließliche Vollzugszuständigkeit des Bundes weiter auf. Neben den zahlreichen bestehenden Genehmigungen müssen die Unternehmen jetzt noch eine weitere beantragen und dafür ein aufwendiges Genehmigungsverfahren durchlaufen. Sogar Anlagen, die schon seit Jahren genehmigt und in Betrieb sind, brauchen jetzt eine neue, zusätzliche Genehmigung. (D)

Wie schwerwiegend diese Entscheidung tatsächlich ist, zeigt die Tatsache, dass die deutschen Wirtschaftsverbände sofort reagiert haben. Sie haben sich schriftlich an die Fraktionsvorsitzenden gewandt und um die Einführung eines akzeptablen und optimierten Verwaltungssystems gebeten. Mit Ihren Änderungen bewirken Sie das Gegenteil. Anstatt das Emissionshandelssystem möglichst schlank auszugestalten und bestehende Behördenstrukturen weitestgehend zu nutzen, bauen Sie neue Strukturen auf.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin Dött, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kelber?

Marie-Luise Dött (CDU/CSU):

Ja, klar.

Ulrich Kelber (SPD):

Vielen Dank, Frau Kollegin. – Wir sind der gleichen Meinung, dass die ursprüngliche Version besser war.